Pressemitteilung vom 21.10.2026

Gemeinde Langenargen plant für 2027 mit einem Haushaltsdefizit von rund einer Million Euro

Steigende Personal- und Umlagekosten belasten den Haushalt – Gemeinderat berät den Haushaltsplan im Dezember abschließend

Die Gemeinde Langenargen hat den Entwurf für den Haushalt 2027 eingebracht. Dieser weist im Ergebnishaushalt derzeit ein voraussichtliches Defizit von rund 1,03 Millionen Euro aus. Trotz stabiler Steuereinnahmen steigen insbesondere die Personalaufwendungen sowie die Umlagen an Kreis und Land. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung einstimmig, den Haushaltsentwurf auf Grundlage der vorgestellten Eckpunkte fertigzustellen und dem Gremium in der Dezembersitzung zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Steigende Einnahmen reichen nicht aus

Wie in der Gemeinderatssitzung erläutert wurde, entwickeln sich wichtige Einnahmequellen der Gemeinde weiterhin positiv. Für 2027 sind unter anderem Gewerbesteuereinnahmen von 6,2 Millionen Euro sowie ein Einkommensteueranteil von knapp 6,9 Millionen Euro eingeplant. Auch bei den Schlüsselzuweisungen wird mit einer positiven Entwicklung gerechnet. Die endgültigen Zahlen hängen allerdings noch von den aktuellen Steuerschätzungen und den Vorgaben des Landes ab.

Dem stehen deutlich steigende Ausgaben gegenüber. Für Personal sind rund 8,15 Millionen Euro vorgesehen. Das entspricht einem Anstieg von etwa 500.000 Euro gegenüber dem Vorjahresplan. Als wesentliche Gründe wurden Tariferhöhungen und weitere personalbedingte Kosten genannt.

Besonders ins Gewicht fallen zudem die Umlagen: Die Kreisumlage wird mit rund 5,1 Millionen Euro veranschlagt, die Finanzausgleichsumlage mit knapp 3,3 Millionen Euro. Beide Positionen erreichen damit ein hohes Niveau und schränken den finanziellen Handlungsspielraum der

Gemeinde erheblich ein.

Die Verwaltung hat den Haushaltsentwurf bereits intensiv überprüft und Ausgaben reduziert oder Maßnahmen verschoben, soweit dies vertretbar erschien. Weitere Einsparungen seien nur begrenzt möglich, da ein großer Teil der Belastungen kaum unmittelbar von der Gemeinde beeinflusst werden könne.

Investitionen bleiben notwendig

Trotz der angespannten finanziellen Lage stehen auch 2027 wichtige Investitionen an. Dazu zählen unter anderem Mittel für den Kindergarten Seestrolche, die mögliche Übernahme des evangelischen Kindergartengebäudes, die Ausstattung des Bauhofs sowie die Weiterentwicklung des Nahwärmenetzes. Auch Maßnahmen an der Wasser- und Abwasserinfrastruktur bleiben notwendig.

In seiner Einbringungsrede verwies der Vorsitzende auf bereits umgesetzte Projekte wie die Sanierung der Schlossgarage, Maßnahmen am Schloss und den Neubau des Feuerwehrhauses. Für diese Vorhaben habe die Gemeinde zusammen mehr als 15 Millionen Euro an Eigenmitteln aufgewendet. Hinzu kämen weitere wichtige Projekte, etwa der geförderte Breitbandausbau.

Zugleich machte er deutlich, dass künftig nicht alle anstehenden Vorhaben gleichzeitig verwirklicht werden könnten. Die Gemeinde müsse deshalb stärker priorisieren, ihren Immobilienbestand und dessen Nutzung überprüfen und Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit sowie zur Digitalisierung nutzen. Ziel sei es, vorhandene Ressourcen effizienter einzusetzen und die kommunalen Dienstleistungen langfristig zu sichern.

Auch die Unterstützung der örtlichen Vereine und die Erfüllung der kommunalen Kernaufgaben sollen weiterhin berücksichtigt werden. Dabei gelte es, finanzielle Möglichkeiten und gesellschaftliche Verantwortung miteinander in Einklang zu bringen.

Schulden und Eigenbetriebe im Blick

Neben dem Kernhaushalt wurden auch die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Kommunale Dienste und Fremdenverkehr vorgestellt. Vor allem bei der Wasser- und Abwasserinfrastruktur besteht weiterhin erheblicher Investitions- und Sanierungsbedarf.

Für den Gesamthaushalt einschließlich der Eigenbetriebe wird zum Jahresende 2027 mit einem Schuldenstand von rund 30 Millionen Euro gerechnet, sofern die vorgesehenen Kreditaufnahmen und Investitionen entsprechend umgesetzt werden. Die tatsächliche Entwicklung hängt davon ab, welche Maßnahmen im Jahresverlauf realisiert werden und in welchem Umfang Kredite benötigt werden.

Positiv bewertet die Verwaltung den geplanten Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit von rund 1,3 Millionen Euro. Damit können die vorgesehenen Tilgungsleistungen grundsätzlich gedeckt werden. Das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt bleibt dennoch eine Herausforderung.

Haushaltsberatungen werden fortgesetzt

Der vorgelegte Haushaltsentwurf basiert teilweise noch auf vorläufigen Annahmen. Insbesondere die Ergebnisse der Steuerschätzung und die endgültigen Vorgaben zum Finanzausgleich können noch Veränderungen mit sich bringen. Auch die weitere Entwicklung der Kreisumlage ist für die finanzielle Planung von Bedeutung.

Der Gemeinderat wird sich in den kommenden Wochen mit den einzelnen Ansätzen und möglichen Änderungsanträgen befassen. Die Verwaltung soll den Entwurf nun fertigstellen und zur abschließenden Beratung in der Dezembersitzung vorlegen. Erst mit dem Beschluss der Haushaltssatzung und nach Abschluss des erforderlichen Genehmigungsverfahrens kann der Haushalt 2027 in Kraft treten.

Die Haushaltsplanung wird damit von der Aufgabe geprägt sein, notwendige Investitionen und kommunale Leistungen trotz steigender Kosten und begrenzter finanzieller Spielräume verantwortungsvoll abzusichern.